

189 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (151 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll den dienst- und besoldungsrechtlichen Änderungen für die Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung, für die Lehrer der Verwendungsgruppe L 1 und für die Universitäts-(Hochschul-)Assistenten in bezug auf das Reisegebührenrecht entsprochen werden. Des weiteren ist beabsichtigt, das „Amtliche Kilometergeld“ zu erhöhen, in den Sonderbestimmungen für Dienstverrichtungen im Ausland und für Auslandsversetzungen Anpassungen im Sinne einer Gleichbehandlung mit im Inland verwendeten Beamten herbeizuführen, neuen, durch den Dienstbetrieb veranlaßten Notwendigkeiten zu entsprechen sowie Gegebenheiten zu berücksichtigen, die nur im Rahmen einer Auslandsverwendung auftreten. Außerdem bedarf die unterschiedliche reise-

gebührenrechtliche Behandlung bei Teilnahme an Lehrgängen einer Vereinheitlichung.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 7. Dezember 1983 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Veselsky, Dr. Feurstein, Koppensteiner und Dr. Gugerbauer sowie Staatssekretär Dr. Löschnak das Wort.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (151 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1983 12 07.

Kuba
Berichterstatter

Mühlbacher
Obmann